

Franken und insbesondere die Metropolregion Nürnberg sind zu einem „beliebten“ Aktionsgebiet der NPD und anderer rechtsextremistischer Vereinigungen geworden. Sie versuchen, ihr Auftreten in der Öffentlichkeit und ihre menschenverachtende Ideologie zu einem festen Bestandteil des Alltags zu machen.

Beispiele dafür, dass die rechtsextremistische Szene vor allem die Metropolregion im Visier hat, sind die Aufmärsche zum Todestag von Rudolf Hess zwischen 1988 und 2004 in Wunsiedel, die Demonstrationen in Gräfenberg seit 1999 und vor allem seit 2006, die Kundgebungen der NPD seit mehreren Jahren in Nürnberg, der Landesparteitag der NPD und der „Europatag“ ihrer Jugendorganisation 2007 in Gremsdorf, der Bundesparteitag der NPD 2008 in Bamberg und der „Nationale Frankentag“ des Bundes Frankenland e.V. und der NPD Jugend 2008 in Weißenohe. Im gleichen Jahr versuchte die neonazistische Partei, in Warmensteinach einen Gasthof zu erwerben, um dort ein Schulungszentrum einzurichten. Dazu kommen rechtsextremistische Aktivitäten in zahlreichen weiteren Orten der Metropolregion, darunter in Dietfurt, Neumarkt, Postbauer-Heng, Illesheim, Bad Windsheim, Neustadt an der Aisch sowie Diespeck und Schlüsselfeld, zwei Orte, deren jüdische Friedhöfe im Jahre 2007 von rechtsextremistischen Tätern geschändet wurden.

Jede Kommune in der Metropolregion kann unvermittelt und unvorbereitet von rechtsextremistischen Aktivitäten betroffen werden. Dieser Entwicklung muss mit aller Entschiedenheit entgegengewirkt werden. Deshalb sind alle Kommunen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen aufgerufen, sich den Rechtsextremisten mit ihrer verfassungsfeindlichen Agitation entgegenzustellen. Ein klares öffentliches Eintreten für Vielfalt und Menschenrechte sind wichtige Signale dafür, dass wir in der Metropolregion unsere demokratischen Werte entschlossen verteidigen.

## **Gründung der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg**

Am 19. März 2009 wurde auf Initiative des Menschenrechtsbüros und der Bürgerbewegung für Menschenwürde in Mittelfranken e.V. / Ansbach Stadt und Landkreis, im Historischen Rathausaal der Stadt Nürnberg die „Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg“ gegründet und ein erstes Handlungsprogramm als Arbeitsgrundlage vorgelegt.

## **Ziele der Allianz**

Der „Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg“ geht es vor allem darum,

- den Widerstand gegen rechtsextremistische Aktivitäten zu stärken und möglichst viele Menschen bei aktuellen Anlässen zu mobilisieren;
- eine offensive öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus zu fördern;
- die Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen Kommunen und zivilgesellschaftlichen Organisationen zu intensivieren;
- den Austausch von Erfahrungen, Informationen und best-practice-Beispielen durch regelmäßige Tagungen und durch eine Website zu unterstützen;
- regionale und überregionale Aktionen gegen Rechtsextremismus zu organisieren und zu koordinieren; und
- bisher noch nicht betroffene Städte und Gemeinden zu sensibilisieren und für eine Mitwirkung in der Allianz zu gewinnen.

Es ist unverzichtbar, gemeinsam auf rechtsextremistische Aufmärsche zu reagieren, um den Neonazis mit ihren Parolen nicht kampfflos die Straße zu überlassen. Es ist jedoch ebenso unverzichtbar, mit einer langfristig angelegten Strategie inhaltlich in die Offensive zu gehen, um der antidemokratischen und menschenverachtenden Ideologie der Rechtsextremisten den Boden zu entziehen.

## Handlungsprogramm

Die Arbeitsgrundlage der „Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg“ bildet ein Handlungsprogramm, das in seiner ersten Fassung vorliegt und zehn Handlungsfelder mit Vorschlägen für kommunale und zivilgesellschaftliche Aktivitäten enthält. Dabei spielt die Präventionsarbeit eine besonders wichtige Rolle, um dem Einfluss des braunen Gedankenguts der Rechtsextremisten erfolversprechend entgegenzuwirken.

## Zahl der Mitglieder

Zwischenzeitlich haben sich 127 Kommunen und Landkreise und 106 zivilgesellschaftliche Initiativen, Organisationen und Institutionen der Allianz angeschlossen. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen ist jedoch damit zu rechnen, dass sich diese Zahlen in den nächsten Monaten noch deutlich erhöhen werden.

Weitere Informationen:



Europäische Metropolregion Nürnberg  
Ratsvorsitzender  
Dr. Ulrich Maly  
Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg

Geschäftsstelle der  
Allianz gegen Rechtsextremismus

Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg  
Hans-Sachs-Platz 2  
90403 Nürnberg  
Fon: +49 (0)911 / 231 50 30  
Fax: +49-(0)911 / 231 30 40  
menschenrechte@stadt.nuernberg.de  
www.menschenrechte.nuernberg.de